

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. **Abgabenordnung: Aussetzungszinsen bei übereinstimmender Erledigungserklärung**
Urteil vom 14.06.2017, Az: I R 38/15
2. **Körperschaftsteuer: Ausgleichszahlungen an Minderheitsgesellschafter in Organgesellschaft**
Urteil vom 10.05.2017, Az: I R 93/15
3. **Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei einem weiteren Flächenerwerb nach dem AusglLeistG**
Urteil vom 17.05.2017, Az: II R 7/15
4. **Grunderwerbsteuer: Steuerschuld des Veräußerers in voller Höhe bei einheitlichem Erwerbsvorgang**
Urteil vom 30.08.2017, Az: II R 48/15
5. **Erbschaftsteuer: Reparaturaufwendungen für nach Erbfall aufgetretenen Gebäudeschaden keine Nachlassverbindlichkeit**
Urteil vom 26.07.2017, Az: II R 33/15
6. **Investitionsabzugsbetrag: Investitionszulage erhöht Betriebsgröße bei Betriebsvermögensvergleich**
Urteil vom 03.08.2017, Az: IV R 12/14
7. **Umsatzsteuer: Steuerfreiheit eines Hausnotrufsystems und von Betreuungsleistungen in einem Altenheim**
Urteil vom 03.08.2017, Az: V R 52/16
8. **Umsatzsteuer: Anforderungen an die Steuerfreiheit von Liegerechten in Begräbniswäldern**
Urteil vom 21.06.2017, Az: V R 3/17
9. **Umsatzsteuer: Anforderungen an die Steuerfreiheit von Liegerechten in Begräbniswäldern**
Urteil vom 21.06.2017, Az: V R 4/17
10. **Land- und Forstwirtschaft: Besteuerung nach Durchschnittssätzen auch bei Lieferung der Erzeugnisse durch Organgesellschaft**
Urteil vom 10.08.2017, Az: V R 64/16
11. **Bewertung: Abzinsung von unverzinslichen betrieblichen Angehörigendarlehen**
Urteil vom 13.07.2017, Az: VI R 62/15

12. Stromsteuergesetz: Keine nachträgliche Änderung der Stromsteuerfestsetzung bei Versäumung der Antragsfrist

Urteil vom 26.09.2017, Az: VII R 26/16

Urteile und Beschlüsse:

1. Abgabenordnung: Aussetzungszinsen bei übereinstimmender Erledigungserklärung

Urteil vom 14.06.2017, Az: I R 38/15

Eine Anfechtungsklage ist im Falle der übereinstimmenden Erledigungserklärung auch dann mit Eingang der zweiten Erledigungserklärung oder mit Eintritt der Fiktion des § 138 Abs. 3 FGO endgültig i.S. des § 239 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 AO erfolglos, wenn der angefochtene Bescheid später auf Grundlage einer tatsächlichen Verständigung geändert wird.

2. Körperschaftsteuer: Ausgleichszahlungen an Minderheitsgesellschafter in Organgesellschaft

Urteil vom 10.05.2017, Az: I R 93/15

1. Die Vereinbarung von Ausgleichszahlungen des beherrschenden Unternehmens an einen außenstehenden Gesellschafter der beherrschten Gesellschaft steht der körperschaftsteuerrechtlichen Anerkennung eines Gewinnabführungsvertrags entgegen, wenn neben einem bestimmten Festbetrag ein zusätzlicher Ausgleich gewährt wird, dessen Höhe sich am Ertrag der vermeintlichen Organgesellschaft orientiert und der zu einer lediglich anteiligen Gewinnzurechnung an den vermeintlichen Organträger führt (Bestätigung des Senatsurteils vom 4. März 2009 I R 1/08 , BFHE 225, 312, BStBl II 2010, 407 [BFH 04.03.2009 - I R 1/08]).

2. Eine körperschaftsteuerrechtliche Organschaft mit einer GmbH als Organgesellschaft setzt nach § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG a.F. voraus, dass ausdrücklich die Verlustübernahme entsprechend § 302 AktG (in allen seinen Bestandteilen und in den jeweiligen Regelungsfassungen) vereinbart worden ist. Dieses Vereinbarungserfordernis bezieht sich auch auf solche Regelungsbestandteile des § 302 AktG , die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Gewinnabführungsvertrags noch nicht in Kraft getreten waren (hier: § 302 Abs. 4 AktG). Im Falle der Änderung des § 302 AktG ist demnach eine dieser Vorschrift entsprechende Vereinbarung - durch Anpassung des ursprünglichen Gewinnabführungsvertrags - zu treffen.

3. Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage bei einem weiteren Flächenerwerb nach dem AusgLeistG

Urteil vom 17.05.2017, Az: II R 7/15

Beim Erwerb weiterer Flächen aufgrund eines gesetzlichen Anspruchs nach § 3 Abs. 7b Satz 2 i.V.m. Abs. 7a AusgLeistG gegen Zahlung eines Kaufpreisaufschlags führt die nur wertmäßige Zuordnung eines Teils des bereits für andere Flächen entrichteten

Kaufpreises zu den neuen Flächen nicht zur Erhöhung der Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer.

4. Grunderwerbsteuer: Steuerschuld des Veräußerers in voller Höhe bei einheitlichem Erwerbsvorgang

Urteil vom 30.08.2017, Az: II R 48/15

Der Veräußerer schuldet in den Fällen des einheitlichen Erwerbsvorgangs die Grunderwerbsteuer in voller Höhe auch dann, wenn nicht er selbst, sondern ein Dritter zivilrechtlich zur Gebäudeerrichtung verpflichtet ist.

5. Erbschaftsteuer: Reparaturaufwendungen für nach Erbfall aufgetretenen Gebäudeschaden keine Nachlassverbindlichkeit

Urteil vom 26.07.2017, Az: II R 33/15

Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden an geerbten Gegenständen wie Grundstücken oder Gebäuden, deren Ursache vom Erblasser gesetzt wurde, die aber erst nach dessen Tod in Erscheinung treten, sind nicht als Nachlassverbindlichkeiten abziehbar.

6. Investitionsabzugsbetrag: Investitionszulage erhöht Betriebsgröße bei Betriebsvermögensvergleich

Urteil vom 03.08.2017, Az: IV R 12/14

Bei der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich ist der Anspruch auf Investitionszulage bei Bestimmung der Betriebsgröße gemäß § 7g Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Buchst. a EStG als Voraussetzung eines Investitionsabzugsbetrags zu berücksichtigen.

7. Umsatzsteuer: Steuerfreiheit eines Hausnotrufsystems und von Betreuungsleistungen in einem Altenheim

Urteil vom 03.08.2017, Az: V R 52/16

Die für die Umsatzsteuerfreiheit von Betreuungsleistungen erforderliche Kostentragung durch die Pflegekasse kann sich beim Betrieb eines Hausnotrufsystems aus der Zuerkennung einer Pflegestufe ergeben.

8. Umsatzsteuer: Anforderungen an die Steuerfreiheit von Liegerechten in Begräbniswäldern

Urteil vom 21.06.2017, Az: V R 3/17

Die Einräumung von Liegerechten zur Einbringung von Urnen unter Begräbnisbäumen ist gemäß § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG als Vermietung von Grundstücken umsatzsteuerfrei, wenn dabei räumlich abgrenzbare, individualisierte Parzellen zur Nutzung unter Ausschluss Dritter überlassen werden.

9. Umsatzsteuer: Anforderungen an die Steuerfreiheit von Liegerechten in Begräbniswäldern

Urteil vom 21.06.2017, Az: V R 4/17

Die Einräumung von Liegerechten zur Einbringung von Urnen ist keine nach § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG steuerfreie Grundstücksvermietung, wenn dabei nicht räumlich abgrenzbare, individualisierte Parzellen zur Nutzung unter Ausschluss Dritter überlassen werden.

10. Land- und Forstwirtschaft: Besteuerung nach Durchschnittssätzen auch bei Lieferung der Erzeugnisse durch Organgesellschaft

Urteil vom 10.08.2017, Az: V R 64/16

Ist der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs Organträger, so unterliegen auch die Lieferungen der Erzeugnisse dieses Betriebs durch die Organgesellschaft der Besteuerung nach Durchschnittssätzen (§ 24 UStG).

11. Bewertung: Abzinsung von unverzinslichen betrieblichen Angehörigendarlehen

Urteil vom 13.07.2017, Az: VI R 62/15

1. Unverzinsliche (betriebliche) Verbindlichkeiten aus Darlehen, die ein Angehöriger einem Gewerbetreibenden, Selbständigen oder Land- und Forstwirt gewährt, sind nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG abzuzinsen, wenn der Darlehensvertrag unter Heranziehung des Fremdvergleichs steuerrechtlich anzuerkennen ist.
2. Verfassungsrechtliche Bedenken hiergegen bestehen nicht.

12. Stromsteuergesetz: Keine nachträgliche Änderung der Stromsteuerfestsetzung bei Versäumung der Antragsfrist

Urteil vom 26.09.2017, Az: VII R 26/16

1. Die Festsetzungsfrist für einen Entlastungsanspruch nach § 10 Abs. 1 StromStG beginnt mit Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Anspruch durch die steuerbegünstigte Verwendung des Stroms zu betrieblichen Zwecken entstanden ist.
2. Wird eine im Abrechnungszeitraum entnommene Strommenge entgegen § 18 Abs. 4 Nr. 1 StromStV a.F. innerhalb der Antragsfrist im Antrag nicht angegeben, kommt hinsichtlich dieser Menge eine nachträgliche Änderung der Steuerfestsetzung nicht in Betracht.